

## Prävention: Staatliche Stellen genießen wenig Vertrauen, Ärzte und Krankenkassen sind wichtigste Ansprechpartner

**<strong>Diabetes, Übergewicht, Bluthochdruck. Die großen Zivilisationskrankheiten sind auf dem Vormarsch - und schuld ist der Lebensstil. Patienten, Ärzte und Krankenkassen gleichermaßen sehen dringlichen Handlungsbedarf. Und auch das Gesundheitsministerium setzt das Thema mit dem Referentenentwurf eines Präventionsgesetzes - der vierte bislang - jetzt erneut auf die Agenda. Doch wen sehen die Menschen in Deutschland überhaupt als Ansprechpartner in Präventionsfragen? Die repräsentative Umfrage Meinungspuls 2014 der Techniker Krankenkasse (TK) gibt Antworten.</strong>**

**Diabetes, Übergewicht, Bluthochdruck. Die großen Zivilisationskrankheiten sind auf dem Vormarsch - und schuld ist der Lebensstil. Patienten, Ärzte und Krankenkassen gleichermaßen sehen dringlichen Handlungsbedarf. Und auch das Gesundheitsministerium setzt das Thema mit dem Referentenentwurf eines Präventionsgesetzes - der vierte bislang - jetzt erneut auf die Agenda. Doch wen sehen die Menschen in Deutschland überhaupt als Ansprechpartner in Präventionsfragen? Die repräsentative Umfrage Meinungspuls 2014 der Techniker Krankenkasse (TK) gibt Antworten.**

Ansprechpartner Nummer eins für die Menschen in Deutschland sind ihre Ärzte: Fast neun von zehn Befragten würden sich an sie wenden. Sieben von zehn sehen aber auch ihre Krankenkasse oder Krankenversicherung als Experten, wenn es um eine gesunde Lebensführung geht - gesetzlich Versicherte mit 73 Prozent deutlich stärker als privat Versicherte (53 Prozent). Staatliche Stellen wie etwa Gesundheitsämter gelten nur vier von zehn Befragten (42 Prozent) als vertrauenswürdige Informationsquellen, private Anbieter wie Fitnessstudios nur jedem Vierten (24 Prozent).

"Es ist gut, dass der Gesetzgeber mit einem Präventionsgesetz einen Rahmen vorgeben will, so dass ein verlässliches Finanzvolumen für Gesundheitsförderung garantiert zur Verfügung steht. Ich bin durchaus dafür, auch den Beitrag der Krankenkassen für Prävention hochzusetzen, allerdings nur dann, wenn die Beitragsgelder der Versichertengemeinschaft auch sinnvoll eingesetzt werden. Die Finanzierung einer nachgelagerten staatlichen Behörde gehört nicht dazu", erklärt Dr. Jens Baas, Vorsitzender des Vorstands der TK. Dem Referentenentwurf zufolge sollen die Krankenkassen künftig insgesamt 35 Millionen Euro an die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung überweisen.

### Großer Zuspruch für Prävention in Lebenswelten

Der Richtwert der gesetzlichen Kassen für Prävention soll von gut drei auf sieben Euro je Versicherten und Jahr angehoben werden, der größte Teil in sogenannte Settings fließen. Zwei Euro sind davon für die Lebenswelten Kindertagesstätte und Schule vorgesehen, zwei Euro für die Betriebliche Gesundheitsförderung.

Großen Zuspruch für Prävention in den Lebenswelten zeigt auch der TK-Meinungspuls. 90 Prozent der Menschen in Deutschland halten den Setting-Ansatz für sinnvoll, also Präventionsangebote und gesundheitsförderliche Strukturen dort zu etablieren, wo sich Menschen in ihrem Alltag ohnehin aufhalten.

Baas: "Beitragszahler können finanzielle Last nicht allein schultern."

Baas: "Wir müssen das große Vorhaben 'Mehr Prävention' auf eine breite gesellschaftliche Basis stellen, die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung können die finanzielle Last nicht praktisch allein schultern."

Auch der TK-Verwaltungsrat begrüßt das Vorhaben der Regierung, Prävention nachhaltig auszurichten. In zehn Thesen macht das Gremium unter anderem deutlich, dass Gesundheitsförderung eine breite gesellschaftliche Basis braucht. Alle Träger müssten in gleichem Maße "ins Boot" geholt werden. Vor dem Hintergrund fast 15-jähriger praktischer Erfahrungen fordert der TK-Verwaltungsrat zudem in seinem Thesenpapier, "dass die Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) weiterhin in den Händen und in der Verantwortung der Krankenkassen liegen muss".

TK-Vorstandsvorsitzender Dr. Jens Baas abschließend: "Prävention ist richtig, weil sie Leiden verhindern kann, wenn Menschen gar nicht erst krank werden. Das ist unterm Strich auch Aufgabe der Krankenkassen, hier ist jeder Euro gut investiert. Die große politische Hoffnung, dem Gesundheitssystem dadurch Geld zu sparen, ist wissenschaftlich jedoch nicht belegt."

**Pressekontakt:**

Pressestelle  
Techniker Krankenkasse  
Bramfelder Straße 140  
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 69 09 - 1783  
Fax: 040 / 69 09 - 1353  
E-Mail: [pressestelle@tk.de](mailto:pressestelle@tk.de)

Internet: <http://www.presse.tk.de>

techniker logo